

Kooperative Sicherheit in Europa

Konzepte und Ansätze der Realisierung im Rückblick

Prof. Dr. Michael Staack

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eröffnete sich die Möglichkeit, eine neue gesamteuropäische Friedensordnung aufzubauen. Warum war dieser Versuch nicht erfolgreich? Gab es ein gemeinsames Verständnis von kooperativer Sicherheit oder fanden unterschiedliche Interessen ihren Ausdruck auch in unterschiedlichen Sicherheitskonzepten? Welche Schritte wurden unternommen, um Institutionen kooperativer Sicherheit aufzubauen? Und wie lässt sich vor dem Hintergrund unterschiedlicher theoretischer Ansätze der internationalen Beziehungen erklären, dass es nicht zum Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung kooperativer Sicherheit kam?

In diesem Vortrag wird die These vertreten, dass es zu keinem Zeitpunkt ein gemeinsames Verständnis von kooperativer Sicherheit zwischen den beteiligten Mächten gegeben hat. Das trifft insbesondere auf die USA, Großbritannien und einige andere westliche Staaten einerseits und Russland andererseits zu. Eng verknüpft mit dem Dissens über den Inhalt kooperativer Sicherheit war die Frage der Institutionen. Statt die KSZE/OSZE zu einer bestimmenden Struktur gesamteuropäischer Sicherheit auszubauen, trat schon ab 1993/94 die teileuropäische, Russland dauerhaft exkludierende NATO in den Vordergrund. Mit der NATO-Erweiterung erfolgte eine Ostverschiebung des politischen Westens, in deren Verlauf das ursprüngliche Ziel einer gleichgewichtigen Partnerschaft mit der Russischen Föderation immer weniger handlungsleitend wurde.

Einführend werden unterschiedliche Definitionen für „kooperative“ und für „gemeinsame Sicherheit“ vorgestellt. Anhand verschiedener Entscheidungen und Entwicklungen in den 1990er Jahren (u.a. sicherheitspolitische Regelungen in Bezug auf die deutsche Einheit, Rüstungskontrolle sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildung, Institutionalisierung von KSZE/OSZE) wird nachfolgend analysiert, wie sich das Fehlen eines gemeinsamen Grundbegriffs der kooperativen Sicherheit auf die Sicherheitsordnung in Europa auswirkte. Dabei wird herausgearbeitet, dass die Ansätze zur Errichtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung bereits 1993/94 mit der Einleitung der NATO-Öffnungspolitik endgültig gescheitert waren. Der weniger ambitionierte Versuch, eine nachhaltige Kooperationsstruktur zwischen der Russischen Föderation und dem Westen zu schaffen, wurde spätestens mit dem Kosovo-Konflikt beendet. Dieses Scheitern war bereits in der asymmetrischen Gestaltung der NATO-Russland-Zusammenarbeit (1997) angelegt. Im dritten Schritt erfolgt der Versuch, den Dissens in Bezug auf ein gemeinsames Verständnis kooperativer Sicherheit aus der Perspektive verschiedener theoretischer Ansätze zu erklären: Neorealismus, Konstruktivismus, Liberalismus, Historische Soziologie.

Die Analyse der Debatten und Entscheidungen über kooperative Sicherheit in den 1990er Jahren verdeutlicht, dass ein gemeinsames basales Verständnis in Bezug auf Inhalte, Interessen und Institutionen notwendig ist, um eine europäische Friedens- und Sicherheitsordnung erreichen zu können. An diesem Erfordernis hat sich bis heute nichts geändert. Das Ziel einer ganz Europa umfassenden Friedensordnung erscheint derzeit wieder in weite Ferne gerückt. Stattdessen prägen erneut Konfrontation, Aufrüstung und Regelverstöße das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland und machen ein zielgerichtetes Krisenmanagement zur Verhinderung vor allem militärischer Eskalationen vorrangig. Eine realistische Friedenspolitik darf die Neubegründung kooperativer Sicherheit aber nicht aus dem Blick verlieren. Dazu ist eine Verständigung über grundlegende Prinzipien und Regeln sowie dazugehörige institutionelle Formen unverzichtbar. Das setzt eine gründliche Aufarbeitung der Fehlentwicklungen der 1990er Jahre voraus.